

Ein neuer Anlauf für die Schulreform

Das Ziel ist eine bessere Bildung für die österreichischen Kinder. Die Daten zeigen, dass das dringend notwendig ist.

ALFRED PFEIFFENBERGER

WIEN. Österreichs Schule braucht einen Reformschub. Heute, Dienstag, will Bildungsministerin Gabriele Heinisch-Hosek (SPÖ) vorstellen, wie dieser aussehen soll. Seit Monaten verhandeln Vertreter von SPÖ und ÖVP sowie von Bund und Ländern. Selbst am Montag, einen Tag vor der Präsentation, wurde noch bis spät in die Nacht diskutiert.

Tatsache ist, dass Österreich viel Geld in sein Bildungssystem investiert, die Ergebnisse der Schüler aber nicht entsprechen. So haben 20 Prozent der 15-Jährigen Probleme beim sinnerfassenden Lesen. Bei den PISA-Studien findet sich Österreich bestenfalls im Mittelfeld und zwar sowohl in Mathematik als auch bei den Naturwissenschaften.

An Österreichs Schulen wird schon seit Jahrzehnten herumgedoktert. Vor allem an der gemeinsamen Schule der Zehn- bis 14-Jährigen. So gab es vor 40 Jahren in den Hauptschulen einen ersten und zweiten Klassenzug. Anschließend kam die Hauptschule mit Leistungsgruppen in den Hauptgegenständen. Dadurch sollte jedes Kind seinen Leistungen entsprechend unterrichtet werden. Aber auch damit war man nicht zufrieden. Es kam die Neue Mittelschule. Die Kinder werden nun gemeinsam unterrichtet, aber individuell gefördert. Dadurch sollten sich die Leistungen verbessern und der Unterschied zum Leistungsniveau der AHS vermindert werden. Das Ergebnis überzeugte bisher nicht. 77.000 Kinder in der achten Schulstufe waren von November 2012 bis ins Frühjahr 2013 in allen Schultypen



Österreichs Schulen sollen wieder einmal besser werden.

BILD: SN/CHERRIES - FOTOLIA

zum Englisch-Vergleichstest antreten. Erstmals wurden die Ergebnisse der Kinder in den Neuen Mittelschulen (NMS) eigens ausgewiesen. Die NMS-Schüler liegen in ihren Leistungen knapp hinter den Kindern an Hauptschulen und weit hinter den Gymnasiasten zurück.

Auch bei der derzeitigen Bildungsreform spielt die gemeinsame Schule der Zehn- bis 14-Jährigen eine Hauptrolle. Die SPÖ will die Unterstufe des Gymnasiums abschaffen und stattdessen eine gemeinsame Schule der Zehn- bis 14-Jährigen. Die ÖVP hingegen will das achtjährige Gymnasium erhalten. Und darum wird sich am derzeiti-

gen Zustand nichts ändern. Wobei jetzt im Raum steht, dass zumindest in Modellregionen die gemeinsame Schule der Zehn- bis 14-Jährigen getestet werden könnte. Erst dann könnte man sagen, ob eine gemeinsame Schule bessere Ergebnisse liefert als das derzeitige System mit AHS und NMS.

Worauf sich SPÖ und ÖVP bereits geeinigt haben, ist mehr Schulautonomie. So sollen die Schulen zwischen 20 und 30 Prozent ihres Unterrichts selbst bestimmen können, eigene Budgets erhalten und die Direktoren sollen bei der Bestellung ihrer Lehrer ein Mitspracherecht erhalten. Bei der Bildungsreform soll

auch die Schulverwaltung reformiert werden. Wobei dieses Thema mit Bildung eigentlich wenig zu tun hat und wohl eher unter den Begriff Verwaltungsreform fallen dürfte. Bund und Länder sind sich einig, dass das Gerümpel der Zuständigkeiten entwirrt gehört. Einen Vorschlag hat eine Expertengruppe geliefert, die die Grundlagen für die Gespräche zur Bildungsreform erarbeitet hat. Ob sich SPÖ und ÖVP aber auf diese Vorschläge einigen, ist unklar. Vor allem die SPÖ fühlt sich an die Vorschläge, die keine strikte Zentralisierung vorgesehen haben, nicht gebunden.